

Augustine, Dolores L.: *Taking on Technocracy. Nuclear Power in Germany, 1945 to the Present*. Oxford: Berghahn Books 2018. ISBN: 978-1-78533-645-4; XIII, 286 S., 7 Abb., 2 Tab.

Rezensiert von: Sascha Brüning, SFB/TRR 138 »Dynamiken der Sicherheit«, Philipps-Universität Marburg

Joachim Radkau vertrat 1987 die These, die Kernenergie-debatte stelle den „größten und gedankenreichsten Diskurs in der Geschichte der Bundesrepublik“ dar.¹ Die damalige Einschätzung mag bis heute eine gewisse Legitimität haben, nicht zuletzt dank der inzwischen breiten Historisierung der Konflikte um die zivile Kernenergienutzung, die gerade seit der Reaktorhavarie von Fukushima im März 2011 eine bemerkenswerte Konjunktur erfahren hat. Das neue Buch der Historikerin Dolores L. Augustine, die in New York an der St. John's University lehrt, schreibt sich somit in einen breiten Forschungskontext ein. Die Studie vermag jedoch zu zeigen, dass den schon aus verschiedensten Perspektiven untersuchten politischen, gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Auseinandersetzungen um die Kernenergie noch immer neue Einsichten abgerungen werden können.

Ins Zentrum ihres Buches stellt Augustine die Frage, wie es zu erklären sei, dass die deutsche Anti-Atomkraft-Bewegung ihre Forderungen mit dem inzwischen beschlossenen Ausstieg aus der Kernenergie letztlich habe durchsetzen können (S. 3). Obwohl Augustine einräumt, dass der gegenwärtige antinukleare Konsens in Politik und Gesellschaft womöglich weniger festgefügt und unumkehrbar sei als von ihr vorausgesetzt, ist der gegenwartsbezogene Fragehorizont der Studie evident. Bereits in der Einleitung referiert Augustine fünf Faktoren, die für die Erosion der gesellschaftlichen Zustimmung zur Kernenergie maßgeblich gewesen seien: die enge Assoziation von ziviler Kernenergienutzung und Atomwaffen; der Ausbau der Medienlandschaft, der mit einem zivilgesellschaftlichen Machtgewinn einhergegangen sei; die herausragende Rolle wissenschaftlicher Argumente für alle am Kernenergie-diskurs beteiligten Akteure; der Lernprozess der westdeutschen Anti-Atomkraft-Bewegung hinsichtlich einer

Abkehr von gewalttätigen Protestformen; sowie schließlich der Aufstieg der Grünen, der die politische Ökologie als wichtige Bezugsgröße im Parteiensystem etabliert habe.

In acht überwiegend chronologisch strukturierten Kapiteln entfaltet Augustine ein breites Panorama, das die wesentlichen Konfliktfelder des zivilen Kernenergie-diskurses ausleuchtet, zugleich souverän Akzente setzt und, wo nötig, Exkurse integriert. Mitunter stehen die einzelnen Abschnitte des Buches zwar etwas unvermittelt nebeneinander. Der nicht ganz stringente Aufbau erklärt sich indes vor allem daraus, dass das Buch auch als Überblicks- und Einführungswerk für den anglophonen Sprachraum konzipiert ist.

Zeitlich setzt die Studie 1945 bzw. mit der deutschen Teilung ein, als der Beginn der zivilen Kernenergienutzung vielerorts von Euphorie begleitet gewesen sei, jedoch zugleich frühzeitig Unbehagen hervorgerufen habe. Dass die zeitgenössischen militärischen Bedrohungsszenarien auch für die Wahrnehmung der zivilen Kernenergienutzung nicht folgenlos waren, zeigt Augustine am Beispiel der veröffentlichten Meinung in Bundesrepublik und DDR. Neben der deutsch-deutschen Perspektive liegt ein Verdienst der Studie darin, die Auseinandersetzungen um die Risiken der Kernenergie nicht als bloß medial vermittelt zu begreifen, sondern auch das Profilierungsinteresse medialer Akteure in der expandierenden Medienlandschaft der jungen Nachkriegsgesellschaften zu berücksichtigen. Mit auflagenstarken Magazinen wie dem „stern“ im Westen und der „Neuen Berliner Illustrierten“ im Osten nimmt Augustine eine Quellengattung in den Blick, die sich hinsichtlich ihrer visuellen Kommunikation als anschlussfähig für die Emotionsgeschichte des „Kalten Krieges“ erweist.²

¹ Joachim Radkau, Die Kernkraft-Kontroverse im Spiegel der Literatur – Phasen und Dimensionen einer neuen Aufklärung, in: Armin Herrmann / Rolf Schumacher (Hrsg.), Das Ende des Atomzeitalters? Eine sachlich-kritische Dokumentation, München 1987, S. 307–334, hier S. 307.

² Vgl. dazu Bernd Greiner / Christian Th. Müller / Dierk Walter (Hrsg.), Angst im Kalten Krieg, Hamburg 2009; und für die ersten Nachkriegsjahre Silke Betscher, Von großen Brüdern und falschen Freunden. Visuelle Kalte-Kriegs-Diskurse in deutschen Nachkriegsillustrierten, Essen 2013.

Wenn Augustine sich einige Kapitel später den Anti-Atomkraft-Protesten in Wyhl und Brokdorf zuwendet, führt sie auch die Untersuchung der medialen Konfliktbeteiligung weiter. Das Buch zeichnet nach, wie sich insbesondere der Westdeutsche und der Norddeutsche Rundfunk dem Vorwurf ausgesetzt sahen, eine emotionalisierte Berichterstattung zu betreiben und den Argumenten der Anti-Atomkraft-Bewegung in ihren Sendungen zu viel Aufmerksamkeit einzuräumen. Während sich WDR und NDR mit dem Verweis auf die Pressefreiheit verteidigten, stimmten andere öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten wie der Südwestfunk in die – in den 1970er-Jahren notorische – Kritik am west- bzw. norddeutschen „Rotfunk“ ein. Eine besonders anschauliche Quelle sind die von Augustine ausgewerteten Leserbriefe an den NDR, in denen sich der Medienkonflikt um die Kernenergie plastisch nachverfolgen lässt. Im Nachgang von Tschernobyl stand der NDR wiederum im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen: Hatte die CDUgeführte Kieler Landesregierung knapp zehn Jahre zuvor noch über die kernenergiekritische Berichterstattung lamentiert, sah sich der Sender vor dem Hintergrund der wiederaufflammenden Proteste in Brokdorf nun dem Unmut der Anti-Atomkraft-Bewegung ausgesetzt, die einen vermeintlich zu polizeifreundlichen Journalismus problematisierte. Mit der Untersuchung dieser medialen Bruchlinien gelingt Augustine eine wichtige Ergänzung der Historiographie zum westdeutschen Kernenergiekonflikt, die auch für medienhistorische Forschungskontexte zu den 1970er- und 1980er-Jahren von Interesse sein dürfte.³

Die Verfasserin beschränkt sich nicht auf die Anti-Atomkraft-Proteste, sondern bezieht auch die Entwicklungsverläufe deutscher und internationaler Reaktorsicherheitskonzepte ein, was dem Studium der gesellschaftlichen Kernenergiegedebatten eine wohlthuende Tiefenschärfe verleiht. Anstatt den kerntechnischen und den gesellschaftlichen Diskurs klar voneinander zu trennen, erschiene eine integrative Herangehensweise hier jedoch zielführender: Damit wäre dem Umstand Rechnung getragen, dass kerntechnische Entscheidungen zunehmend auch Kommunikationsakte gegenüber einer für die voraus-

setzungsreichen Eigenheiten der Kernenergie immer stärker sensibilisierten Öffentlichkeit darstellten. Erfreulicherweise betrachtet Augustine die kerntechnische Entwicklung nicht nur in der Bundesrepublik, sondern auch für die DDR. Zwar liegt der empirische Schwerpunkt des Buches klar bei westdeutschen Akteuren. Erhellend sind jedoch die Interferenzen, die Augustine zwischen ost- und westdeutschen Reaktorsicherheitskonzepten herauspräpariert. Hinsichtlich des Befunds, Stör- und Unfälle in Kernkraftwerken seien auch in Westdeutschland mehr auf technische Probleme als auf menschliche Fehler zurückgeführt worden (S. 68), wäre zwar spätestens für die Reaktorsicherheitsdiskurse nach dem großen Unfall von Three Mile Island (1979) eine stärkere Differenzierung vonnöten. Die Schilderungen zur DDR, mit deren Technikgeschichte sich die Autorin bereits in einer 2007 erschienenen Studie beschäftigt hatte⁴, fallen hingegen sehr instruktiv aus.

Ein weiterer Untersuchungsgegenstand ist die Emergenz der wissenschaftlichen Kernenergiekritik, die Augustine überzeugend in die US-amerikanischen Forschungskontroversen um den Strahlenschutz während der frühen Nachkriegszeit zurückverfolgt. In der Bundesrepublik habe die Anti-Atomkraft-Bewegung die Notwendigkeit autonomer wissenschaftlicher Expertise vor allem im Zuge der Gerichtsverfahren gegen das geplante Atomkraftwerk im südbadischen Wyhl erkannt, als man sich mit einer kernenergiefreundlichen Übermacht auf der Gutachterbank konfrontiert gesehen habe. Ihren zentralen Auftrag habe die wissenschaftliche Kern-

³ Frank Bösch, Politische Macht und gesellschaftliche Gestaltung. Wege zur Einführung des privaten Rundfunks in den 1970er/80er Jahren, in: Archiv für Sozialgeschichte 52 (2012), S. 191–210, <http://library.fes.de/afs-online/afs/ausgaben-online/band-52/beitraege-zum-rahmenthema-wandel-des-politischen-die-bundesrepublik-deutschland-waehrend-der-1980er-jahre/politische-macht-und-gesellschaftliche-gestaltung-wege-zur-einfuehrung-des-privaten-rundfunks-in-den-1970-80er-jahren/view> (10.09.2018); siehe in transnationaler Perspektive demnächst Katrin Jordan, Ausgestrahlt. Die mediale Debatte um „Tschernobyl“ in der Bundesrepublik und in Frankreich 1986/87, Göttingen 2018 (angekündigt für November).

⁴ Dolores L. Augustine, Red Prometheus. Engineering and Dictatorship in East Germany, 1945–1990, Cambridge 2007.

energiekritik einerseits darin gesehen, eine professionelle Beratung der Anti-Atomkraft-Bewegung zu leisten. Andererseits habe auch das systematische Zusammentragen und Veröffentlichens relevanter Informationen über die Kernenergie zum Aufgabenspektrum gehört. Leider deutet Augustine die aus diesem geteilten Anspruch entstehenden Konflikte nur am Rande an. Dabei illustriert gerade das von ihr angeführte Beispiel des 1977 gegründeten Freiburger Öko-Instituts die Schwierigkeiten, mit denen die wissenschaftliche Kernenergiekritik in der Bundesrepublik bei ihrem Spagat zwischen juridischer Gutachter-tätigkeit, ökologischer Grundlagenforschung und wissenschaftlicher Politikberatung konfrontiert war. In der DDR hingegen stand der von der SED verordnete Atomkonsens laut Augustine auch nach Tschernobyl nicht ernsthaft in der Kritik. Zwar habe die Reaktorha-varie zu einem Erstarren der wissenschaftlichen Kernenergiekritik geführt, die anders als in Westdeutschland gesellschaftlich vorher kaum Gehör habe finden können. Die Reichweite kritischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in der DDR sei über einige vor allem in der kirchlichen Opposition zirkulierende Samisdat-Veröffentlichungen jedoch kaum hinausgelangt.

Die Studie schließt mit der Frage nach der Zukunft der Kernenergie in einer Gesellschaft, die sich einerseits als ökologisch vorbildlich betrachte, andererseits aber mit den Herausforderungen des globalen Klimawandels konfrontiert sei. Dass die deutsche Atomwirtschaft bereits in den 1990er-Jahren mit einigem Erfolg versuchte, die Kernenergie aus dem langen Schatten von Tschernobyl heraus als sauberste Energiequelle diskursiv zukunftsfähig zu machen, sollte als Lehrstück dienen, die Geschichte der zivilen Kernenergienutzung in Deutschland nicht vorschnell für beendet zu halten (was sie durch den jahrzehntelangen Rückbau von Kraftwerken und die Endlager-Problematik ohnehin nicht ist). Dolores L. Augustines Buch leistet zu diesem zeithistorischen Bewusstsein einen wertvollen Beitrag.

HistLit 2018-4-017 / Sascha Brünig über Augustine, Dolores L.: *Taking on Technocracy. Nuclear Power in Germany, 1945 to the Present*. Ox-

ford 2018, in: H-Soz-Kult 05.10.2018.